

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Volk- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 160

Bezugspreis: vierteljährlich 2 40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2 25 M. bezogen 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag, den 11. Juli 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Petitzeile ober deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

8. Juli. Feindliche Angriffe am La Basse-Ranal, an
Somme und südwestlich von Reuilly. — Im
Kampf wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Die Schuld von Salun'en.

Man merkt es den Kundgebungen der Moskauer
Menschen an, daß die Entrüstung, die sie über diese Schand-
tat an den Tag legen, echt ist. Sie sprechen von den
Menschen, die sich zur Ausführung des Verbrechens be-
ruhen haben, von Verrat an der Sache der Sowjets
und von Leuten, die Rußland in einen Krieg zu
ziehen trachten, und von der beabsichtigten Wiederber-
stärkung einer Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten.
Man befindet sich augenblicklich auf Haarsbreite vor einem
Krieg — durch die Schuld von Salun'en aus den Reihen
der Sozialrevolutionäre, die nunmehr in einen offenen
Krieg gegen die Regierung eingetreten sind. Ein Wahn-
sinn ist es, Rußland jetzt in einen Krieg zu verwickeln,
da es bestrebt ist, die letzte Freiheit, die der Auf-
stand schnellstens unterdrückt werden würde. Alle Anhänger
werden zu den Waffen gerufen in Verbindung
mit der abermaligen Mobilisierung zweier Jah-
re, soweit deren Angehörige in Moskau wohnhaft sind,
— einer erheblichen Steigerung der Stimmung für die
Kämpfer der roten Armee; die „ernste Arbeit“, die ihnen
in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und
äußeren Front verursacht worden ist, rechtfertigt diese
Maßnahme. Der Bürgerkrieg ist also jedenfalls wieder
am Gange in Rußland; was dann noch folgt, kann
niemand wissen.

Die Bolschewisten haben wohl alle Veranlassung, über
den Wahnsinn zu jammern, der sich jetzt gegen sie erhebt,
wenn sie gerecht sein könnten — im Augenblick darf
man ihnen eine solche Summierung natürlich nicht stellen —
sondern sie zugeben, daß in diesem Wahnsinn wirklich
Liege liegt: er ist nur die Fortsetzung des Kampfes,
den Lenin und seine Genossen zur Macht gebracht hat, und
mit denselben Mitteln geführt, deren sie sich bedienen,
es gilt, Kerenski und die durch ihn vertretenen
Kräfte der Bevölkerung von der Regierung zu ver-
drängen. Seitdem ist die nackte Gewalt in Rußland
an den Thron gestiegen. Man hat die vorher
rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung
überhandgelassen, weil voraussehen war, daß sie nicht
zu allem Ja und Amen sagen würde, was von
ihr verlangt werden würde, und man ist mehr und mehr
übergegangen, die Macht ausschließlich in die eigene
Hand zu nehmen, alle anders gesinnten, ja auch nur alle
unzuverlässigen Elemente aus Ämtern und Stellungen jeder-
lei zu entfernen und so eine Klassenherrschaft im wahrsten
Sinne des Wortes zu begründen, wie sie bis dahin nur in
den kühnsten Spekulationen völlig hoffnungslos revolutionä-
rer Köpfe für blutdürstiges Verlangen trieb. Indessen — es
gibt zu allgemeiner Überraschung besser sogar, als die
Bolschewisten selber es zu hoffen gewagt hatten. Was
man augute kam, war die fürchterliche Erschöpfung des
Volkes durch den Krieg und die Selbstzerfleischung der
Nation, an der auch Herr Kerenski schon fleißig und
ausdauernd gearbeitet hatte. Wer in diesem entsetzlichen
Kampf den Mut fand, das Steueruder zu ergreifen, der
hatte wirklich keinen Nebenbuhler zu fürchten. Langsam
aber doch merklich begann die Staatsmaschine
wieder in Gang zu kommen, ab und zu durch heftige
Stöße unterbrochen, aber ohne deswegen abermals völlig
zu stocken zu geraten. Die neue Ernte steht vor der
Harnte, und damit konnte wohl die schwerste Sorge der
Moskauer Regierung bis auf weiteres als beseitigt gelten.

Indessen, die Rechnung war ohne die Entente ge-
macht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht
führen, daß sie sich vom Kriege abwenden — so ist
es durchaus nicht gemeint. Also wurden, wie man in
Westenland die famosen Benizelisten gegen die nahezu
gesamte Volksumfassende Partei des Königs Konstantin
aufgemacht hatte, hier in Rußland die Sozialrevolutionäre
aufgemacht, um sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen,
den Frieden von Brest-Litowsk den Mittelmächten auf-
zuerkennen und danach von neuem die Waffen gegen
sie zu erheben. Lenin kann wohl in berechtigter Em-
porung von Wahnsinn und Verrat sprechen, aber England
ist noch niemals vor den schimpflichsten Mitteln zurück-
geschreckt, wenn es damit seinen Interessen den Weg be-
reiten konnte, und nur darauf kann es jetzt ankommen,
daß die Macht hat, die brutale Macht, in diesem ruchlosen
Krieg mit dem Feuer seinen Willen durchzusetzen. Das
immer so in der vielstündigen Geschichte der Mensch-
heit und wird immer so sein, auch wenn Herr Wilson noch ein-
mal seinen idealen Völkerbund erleben sollte. Bis jetzt sind die
Kriegskämpfe in Moskau zugunsten der Bolschewisten aus-
gefallen, aber wir befinden uns erst im Anfangsstadium
des neuen — der wievielten schon? — russischen Revo-

lution. Es wäre verfehlt, den Tag vor dem Abend loben
zu wollen.

Lenin spricht in seinem Aufruf auch von den Vätern
des russisch-englisch-französischen Imperialismus. Er weiß
also ganz gut, wo letzten Endes die eigentlichen Salun'en
sind, denen die Ermordung des deutschen Gesandten aufs
Konto zu setzen ist. Hoffentlich wird es ihm vergönnt sein,
die selbstverständlichen Schlussfolgerungen aus dieser Er-
kenntnis zu ziehen.

Sieg der Bolschewisten.

Saag, 8. Juli

Eine russische drahtlose Meldung besagt, daß die gegen-
revolutionäre Erhebung der Sozialrevolutionäre der Linken
in Moskau unterdrückt ist.

Nach Meldungen aus Selsingfors hatten die Entente-
Söldlinge, die Sozialrevolutionäre und Bolschewisten, bereits
für den 2. Juli den Umsturz angelegt. Nach einem vor-
bereiteten Plan sollten in den verschiedenen Stadtvierteln
gleichzeitig die Anhänger der alten bürgerlichen Ordnung
die Macht an sich reißen. Der Tag verlief jedoch ruhig.

Die Moskauer Ereignisse.

Die Kämpfe mit den Truppen der Bolschewisten waren
besonders heftig in der Nacht vom 4. zum 7. englische
Agitatoren nahmen am Kampf teil. Die Sowjettruppen
haben, dank ihrem sofortigen scharfen Ausfall, die Ord-
nung rasch wieder hergestellt. Am 7. abends hörte das
Artilleriefeuer auf. Nur kleine Truppen der Aufständischen
lagen in Gewehrfeuer mit den Bolschewisten. Der Kampf
war mäßigend.

Verhaftung der Aufständischen.

Nach der Ermordung des deutschen Gesandten waren
die Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau
tagende Kongress der linken Sozialrevolutionäre unter-
gebracht ist, geflüchtet. Von hier aus leiteten die Sozial-
revolutionäre den Aufstand. Nachdem die Bolschewisten
wieder Herren Moskaus geworden waren, wurde das
Kongresshaus von Bolschewisten umstellt und belagert.
Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem
Kongress heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon
gefaßt sind, ist nicht bekannt. In Petersburg scheint alles
ruhig geblieben zu sein. Dort sind lediglich durch die
Bolschewisten unzuverlässige Mannschaften der auf der
Newa liegenden Torpedoboote verhaftet worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Durch den Wechsel im Staatssekretariat des Reichs
ist die Anwesenheit des Kanzlers im Hauptquartier
verlängert worden. Der Kanzler wollte bereits am
6. d. Mts. wieder in Berlin sein und es war vorgesehen,
daß er Mitte dieser Woche nach Wien reisen sollte. Diese
Pläne sind nunmehr verschoben worden. Es heißt, daß
der Kanzler noch bis Ende der Woche im Hauptquartier
weilen wird.

+ Über eine angebliche Friedensvermittlung des
Papstes schreibt der wohlunterrichtete Baver. Kurier,
daß die Nachricht sei unbegründet. Es sei hinreichend be-
kannt, daß infolge gemeinsamen Beschlusses die Verbands-
mächte die Friedensnote des Papstes unbeantwortet ließen.
Wer sich in die Lage des Papstes hineinsetze, der werde
ohne weiteres einsehen müssen, daß, solange die Note des
Papstes vom 1. August 1917 seitens der einen der krieg-
führenden Mächtegruppen keine Beantwortung erfährt,
jeder weitere Schritt des Papstes nach jener Seite hin
vollkommen ausgeschlossen ist.

Großbritannien.

+ Daß gerade die Amerikaner Irland verrieten, steht
fest. Die Sinnfeinder und die ihnen verwandten
Organisationen hatten alle Vorlesungen getroffen, um
Mitte Juli einen großen allgemeinen Aufstand zu beginnen.
Im gegebenen Augenblick sollten in Irland alle Betriebe
und Häfen schließen, so daß die Unmählung innerhalb
eines Tages eine vollendete Tatsache sein mußte. Sowohl
die Nationalistenpartei, wie deren Führer arbeiteten der
Bewegung nicht entgegen. Die Engländer haben außer
englischen auch amerikanische Truppen nach England ge-
schickt. Mit diesen Amerikanern, unter denen sich sogar
angeblich Iren aus Amerika befinden sollten, schlossen die
irischen Geheimkomitees ein Bündnis. Die Amerikaner
verrieten, wie die B. Stg. meldet, den Engländern die
ganze Geschichte. Die Iren waren den Engländern und
Amerikanern in die Falle gegangen.

Spanien.

+ Der Senat und die spanischen Cortes hatten ein
Gesetz gegen die Spionage angenommen, das von der
streng neutralen Mehrheit der Spanier gutgeheißen
wurde. Die Freunde der Entente haben dagegen den
üblichen Entrüstungsrummel in Szene gesetzt. So weigern
sich die Reformisten, Republikaner und Sozialisten in einem
Protest, wegen des „unkonstitutionellen“ Vorgehens der
Reaktion in das Parlament zurückzuführen, denn das

Spionagegesetz schade die Völker, — die ausgerechnet
für Zivilisation und Gerechtigkeit kämpfen“. Gegenüber
den Bühlerien der Entente Freunde scheint die Regierung
jedoch mit starker Hand vorgehen zu wollen. So ver-
öffentlicht sie ein Gesetz, welches ihr die unumgänglichen
öffentlichen Machtbefugnisse zur Gewährleistung der
spanischen Neutralität überträgt.

Rußland.

+ Dem 5. allrussischen Kongress der Arbeiter-, Bauern-
und Soldatenabgeordneten ist der Entwurf einer Ver-
fassung der russischen Republik zur Genehmigung vor-
gelegt worden. In einer „Erklärung der Rechte und
Pflichten der arbeitenden Menschheit“ wird die Diktatur
des Proletariats, die Abschaffung alles Eigentums und
aller Lohnarbeit erklärt und der Weltstand der
arbeitenden Klasse ausgemalt. Das Proletariat soll be-
waffnet sein, alle anderen dagegen entwaffnet werden.
Jeder Arbeiter und jeder Bauer, der keine Knechte hält,
hat von 18. Lebensjahre an das Recht, zu den Sowjets
zu wählen, alle anderen sind rechtslos, wie Kauf- und
Händlerleute und Geistliche usw. Rußland ist nach der
Verfassung eine „freie“ sozialistische Republik, die auf der
Macht des Proletariats und der Unterdrückung
des Bürgertums aufgebaut sei. Klassen oder „eine staatliche
Gewalt“ seien in dieser Republik nicht möglich.

Nordamerika.

+ Die „Times“ melden aus Washington interessante
Angaben über die Neger im amerikanischen Heer.
Darin befinden sich im amerikanischen Heer schon jetzt
rund 190 000 Neger, also rund 20%. Von diesen Negern
sind 650 Mann Offiziere mit Patent, 225 Mann werden
als Ärzte und Zahnärzte, 34 Mann als Geistliche ver-
wendet. Die Tatsache, daß ein so starker Teil des Heeres
aus Negern besteht, läßt keinen günstigen Schluß auf die
Perspektive der übrigen amerikanischen Soldaten zu, da der
Amerikaner, der noch etwas Rassen- und Standesbewußt-
sein besitzt, sich bekanntlich ganz entschieden gegen jegliche
Berührung mit Negern wehrt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Juli. Der Reichstagsausschuß für
Arbeitskammergesetz verlagte sich und wird im Herbst vor
dem Wiedereintritt des Reichstags seine Arbeiten
wieder aufnehmen.

Berlin, 9. Juli. Auf dem Provinzialtag der Provinz
Sachsen und Anhalt teilte Bürgermeister Quebeden (Erfurt)
mit, er habe die zuverlässigste Information erhalten, daß die
Regierung gegenwärtig zur Milderung der Wohnungsnot eine
vorübergehende Einschränkung der Freizügigkeit ernstlich
erwäge.

Berlin, 9. Juli. In der Finanzkommission des preussischen
Landtages machte Finanzminister Dr. Bergt nähere Mit-
teilung über die für den Herbst geplante preussische Steuer-
reform.

Halle, 9. Juli. Wie die Provinzial-Obststelle amtlich
mitteilt, wird demnächst für Apfel und Birnen bestimmt die
Frangewirtschaft eingeführt werden, für Pläunen wahr-
scheinlich.

Salzburg, 9. Juli. Heute begannen hier die Verhand-
lungen zur Vertiefung des wirtschaftlichen Bünd-
nisses der Mittelmächte.

Wien, 9. Juli. Der gestrige Deutsche Volkstag für Ober-
österreich nahm einstimmig die Entscheidung an, in der die
Eicherung einer gebührenden Stellung der Deutschen im
Reiche, die Festlegung des engsten wirtschaftlichen Anschlusses
an das Deutsche Reich und unbedingte Freiheit des Weges
zur Adria verlangt wird.

Warschau, 9. Juli. Die Regengüsse der letzten Tage
besserten den Stand des Getreides in der Wolbau und
Walachei.

Christiania, 9. Juli. Die gesamte nordische Presse gibt
ihr Entrüstung über die Verschlagnahme der norwegischen
Schiffenbauten in Amerika Ausdruck.

Lissabon, 9. Juli. Es ver- teilt, daß die Wiederaufnahme
der Beziehungen zw. dem päpstlichen Stuhle und
Frankreich bevorsteht. Portugal hat die Beziehungen zum
Vatikan bereits wieder hergestellt.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.)

OB. Berlin, 9. Juli.

Wie an allen großen Tagen ist das Haus gut besetzt.
Und wenn man auch wußte, daß der Ausschuss den meisten
Steuergeboten mit großer Mehrheit zugestimmt hat, so
war man doch gespannt, wie die einzelnen Parteien vor
der Öffentlichkeit ihre Stellungnahme begründen würden.
Im Laufe und auf den Tribünen, wo kurz nach Beginn
der Sitzung der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann
bekannt wurde, entspannen sich lebhaft Auseinandersetzun-
gen, die erst ein Ende nahmen, als mit der Diskussion des
Hauptthemas der Tagesordnung, die neuen Steuergebot,
zur Erörterung gelangte.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratsstische: v. Bayer, Graf Roeder, Wallat,
Fehr, v. Stein.

Zunächst kommen eine Anzahl kleiner Anfragen zur
Verhandlung, darunter die Verbote der Mietssteigerungen
durch die Generalkommandanten, sowie die Erhöhung der tag-
lichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die seit 2. März er-

halten. Eine Entscheidung darüber ist in nächster Zeit zu erwarten. Abg. Stubbmann (natl.) befragt die Thronrede in Mecklenburg-Strelitz, deren Regelung er dem Reichstagspräsidenten entsprechend fordert. Unterstaatssekretär Lewald weist darauf hin, daß Herzog Karl Michael in Russland als General gegen Deutschland gekämpft habe. Auf eine weitere Anfrage wird mitgeteilt, daß Buchenlaubabfällungen ins Feld überall angehalten worden seien.

Die neuen Kriegskredite.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Lesung der neuen Kriegskredite, die sich auf 15 Milliarden belaufen.

Abg. Ebert (Soz.): Ich beantrage, die Vorlage an den Hauptausschuß zu verweisen.

Abg. Graf v. Helldorf (Kons.): Wir können dem Antrage nicht zustimmen, wir halten die Sache für geklärt.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): An und für sich liegt kein Anlaß vor, über die Kriegskredite erst noch im Ausschuß zu sprechen. Aber wenn eine große Partei Ausschußberatung wünscht, so war es immer Brauch, dieser Anregung nachzugeben.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Ich schließe mich dem vollständig an.

Die Kriegskreditvorlage wird darauf dem Hauptausschuß überwiesen.

Steuerentwürfe.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen beginnt mit der Biersteuer. Der Ausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. Siehr (Sp.) berichtet, hat an der Vorlage eine Reihe von Änderungen vorgenommen. So ist die Staffelung der Besteuerung in einigen Punkten geändert und die Befreiung in das Gesetz aufgenommen worden, was als Einfachbier, als Vollbier und als Starkbier anzusehen ist. Die Vermischung von Einfachbier, Vollbier und Starkbier miteinander sowie der Zusatz von Zucker zum Bier durch Brauer, Bierhändler oder Wirte wird unterbunden. Das Gesetz über den Bierzoll ist unverändert angenommen worden.

Abg. Kappeler (Soz.): Das Bier ist das einzige Genussmittel für die breiten Massen. Wird es versteuert, so wird an der Wohnung und an der Nahrung gespart werden. Ein wirtschaftlicher Niedergang des Volkes ist die Folge.

Abg. Zubeil (N. Soz.) spricht gleichfalls gegen die Steuer und verlangt weitestgehende Berücksichtigung der Gastwirtschaftsinteressen.

Abg. Siehr (Sp.): Im Frieden hätten wir gegen die 10jährige Kontingentierung die größten Bedenken. Aber jetzt bleibt kein anderer Weg übrig, um den kleinen Brauereien ihren Markt zu erhalten und den Übergang in den Frieden zu ermöglichen.

Reichsausschußsekretär Graf Noebern wiederholt seine im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß die verbündeten Regierungen in den Steuervorlagen ein einheitliches Ganzes erblicken und auf Verabschiedung der Beschlüsse im Rahmen der Regierungsvorlagen bestehen müssen.

Abg. Herzog (Dsch. Frakt.) bekämpft die Ausnahmebestimmung für die Genossenschaftsbrauereien der Gastwirte. In der Abstimmung wird diese vom Ausschuß in das Gesetz neu eingefügte Ausnahmevorschrift gestrichen.

Abg. Sachs (Soz.) beantragt, daß mit Inkrafttreten der neuen Biersteuer die Bierbesteuerung in den Gemeinden in Fortfall kommen solle.

Abg. Kiel (Sp.) und Zubeil (N. Soz.) schließen sich an. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Kiel abgelehnt. Das Gesetz über den Bierzoll bleibt unverändert.

Nach der Pause wird die Steuervorlage in der Ausschlußfassung unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung der Weinsteuer, gegen die u. a. der Abg. Baegert (Kons.) grundsätzliche Bedenken vorbringt.

Die Debatte endet mit der Annahme der Vorlage in der Fassung, die ihr in der zweiten Lesung der Ausschlußberatung gegeben worden ist. (Steuerfuß von 20 % mit der gesetzlichen Verschärfung für die Regierung, nach dem Kriege die Steuer auf etwaigen Beschluß des Reichstages bis auf 15 % herabzusetzen. Der Hausbrand bleibt steuerfrei. Der Weinzoll wird wesentlich erhöht.)

Auch die Schummeinsteuer wird ohne jede Debatte unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung über die Steuer auf Mineralwässer, künstliche Getränke (Mineralwasser usw.).

Nach längerer Debatte verläßt sich das Haus auf morgen.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

(34. Sitzung.)

„Berlin, 9. Juli.

Das Haus ist gut besucht und folgt den Ausführungen des Berichterstatters zum Staatshaushalt, sowie der Entgegnung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg mit gespannter Aufmerksamkeit. Obwohl nur der Staatshaushalt auf der Tagesordnung stand, kam es doch zu einer kleinen Auseinandersetzung über die Wahlrechtsfrage.

Sitzungsbericht.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Sergt. v. Eisenhardt, v. Waldow.

Das Haus ist ziemlich gut besucht.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Kaisers Wilhelm VI.

Ztg. Nr. 8. 5203.

Marientberg, den 2. Juli 1918.

Diejenigen Landwirte, denen es nicht möglich war, auf die von hier ausgestellten Saatkarten Saatgut zu beziehen, werden ersucht, die unbenutzten Saatkarten umgehend an den Bürgermeisteramt abzuliefern. Die Bürgermeister haben die Saatkarten zu sammeln und mit bis zum 12. Juli zusammen einzusenden. Die nicht zurückgegebenen Saatkarten müssen als befristet betrachtet werden und erhöhen dadurch im Herbst die Ablieferungsfrist der einzelnen Landwirte.

Um wiederholte ortsübliche Bekanntmachung werden die Herren Bürgermeister ersucht.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises.

Wied veröffentlicht.

Die Saatkarten müssen bis zum 11. Juli auf dem hiesigen Bürgermeisteramt abgegeben werden.

Hachenburg, den 8. 7. 1918.

Der Bürgermeister.

Trauer-Anzeigen verschiedenster Ausführung fertigt schnellstens an Buchdruckerei Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Für die Einmachzeit!

Steintöpfe, Einkochgläser

Einkochapparate, Gummiringe etc., zu billigsten Preisen.

Warenhaus **S. Rosenau** Hachenburg.

des treuen Freundes Deutschlands. Möge es dem neuen Sultan Rehemed VI. glücken, sein Volk bald dem ruhmvollen Frieden und einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Wir gedenken auch unseres Mitgliebes Graf v. Helldorf, der einem ruchlosen Mordanschlag zum Opfer gefallen ist. Das Andenken des verstorbenen Mitgliebes Grafen v. Helldorf wird in üblicher Weise gelehrt.

Der Staatshaushalt.

Die allgemeine Besprechung wird in folgende Gruppen geteilt: Große Politik und Ernährungsfragen, innere Politik und soziale Fragen, Handel und Verkehr.

Graf v. Helldorf: Wir danken unseren Herren, ihren obersten Kriegsherren und ihren ruhmvollen Führern. Unser Dank soll aber nicht nur in Worten bestehen, sondern auch in Taten, indem wir eintreten für einen Frieden, der der gebrachten Opfer wert ist. So groß auch die Versuchung ist, zu unteruchen, ob in dieser Zeit, wo um das Leben unseres Volkes gekämpft wird, nichts Besseres zu tun ist, als sich mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen, die nur Anlehnung in unser Volk hineingebracht hat, so werden wir das doch erst bei anderer Gelegenheit tun. Die ernstesten Bedenken erweckt die Gestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und dem Reich. Bei der Beratung des jetzigen Reichshaushalts hat die Mehrheit des Reichstages weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der obersten Stellen genommen, die allein ein Recht des Kaisers ist. Sehr fraglich erscheint mir, ob wir mit unserem Zwangswirtschaftssystem auf dem rechten Wege sind. Man hätte weniger auf die Versorgung der Konsumenten als auf die Förderung der Produktion setzen sollen. (Sehr richtig!) Der Schleichhandel ist ein dunkler Fleck auf unserem reinen Schilde. — Trotz alledem bin ich überzeugt, daß uns ein glorreicher Friede bevorsteht, der Deutschland eine große Zukunft unter Führung des Kaisers sichert. Großes ist unserem Volke noch bestimmt. (Lebhafter Beifall und Handklopfen.)

Oberbürgermeister Wilms-Rosen erörtert die Ernährungsverhältnisse. Die Eingriffe in die Produktion gehen zu weit. (Sehr richtig!)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Graf v. Helldorf hat im Laufe seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß von verantwortlicher Stelle aus Worte gesprochen worden sind, die wohl geeignet seien, die Siegesgewissheit in Deutschland herabzumindern. Ich glaube, daß die Ministerpräsidenten infolge einer Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes befreit seien durch die Erklärungen, die seinerzeit der Herr Ministerpräsident und der Staatssekretär selbst abgegeben hatten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so will ich doch meinerseits wiederholen, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung gar keine Rede davon sein kann, daß die Siegesgewissheit irgendwie erschüttert ist. (Bravo!) Wir sind im Gegenteil mit diesem hohen Maße und mit der Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt, daß der Sieg uns gar nicht mehr zu entreißen ist. (Bravo!) Wir sind die Sieger im Osten, wir werden auch die Sieger im Westen sein. Ebenso sind wir auch davon überzeugt, daß nur unser deutsches Schwert in der Lage ist, uns diesen Sieg zu erringen, und wir teilen die Überzeugung, daß dieser Sieg nicht mehr in weiter Ferne zu suchen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der erste Vortrager ist dann auf die innere Lage Preußens eingegangen und hat bemängelt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens etwas ins Wanken gekommen sei. Ich glaube nicht, daß er damit vollkommen recht hat. Es kommt ganz darauf an, von welchem Gesichtswinkel aus man die Dinge betrachtet. (Sehr richtig! und Beifall.) Im Gegenteil zu früher hat jetzt das Reich viel höhere Ausgaben als die Bundesstaaten, 12 Milliarden gegenüber von noch nicht 2,2 Milliarden. Dabei muß auch die Steuerhoheit des Reiches sich weiter ausdehnen. Wenn das auf Kosten der Bundesstaaten geschieht, müssen wir uns natürlich mit aller Gewalt dagegen sträuben, aber wir werden es nicht hindern können, daß diese oder jene Steuerquelle, die die Bundesstaaten bisher gehabt haben, auch vom Reich in gewissem Maße in Anspruch genommen werde. Der erste Vortrager hat dann die Befürchtung ausgesprochen, daß wir im Reich wie in Preußen den Weg der Parlamentarisierung gehen könnten. Ich halte diese Befürchtung nicht für zutreffend.

Graf v. Helldorf hat dann auf meine Verdonnerung eingeworfen und hat da auch einen kleinen Irrtum begangen. Ich verdonner habe mich in Wort und Schrift stets gegen den englischen und romanischen Parlamentarismus ausgesprochen, habe aber hervorgehoben, daß allerdings in Deutschland das Bedürfnis vorliegt, Parlament und Regierung in etwas engerer Fühlung miteinander zu bringen, daß man sich dementsprechend bis zu einem gewissen Grade mit Parlamentariern befehle. Als ich dies Programm aufstellte, hatte ich noch nicht die mindeste Ahnung, daß ich jemals berufen sein würde, an der Durchführung dieses Programms in eigener Person mitzuwirken. — Zum Schluß erwähnte der Redner zur Geschlossenheit und Einigkeit.

Fürst Salm-Dorsmar wandte sich gegen das internationale Judentum und die Freimaurerei, ihm traten der Herzog v. Trachenberg und Staatssekretär a. D. Dernburg entgegen. Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf Fürst Salm-Dorsmar erklärte, er habe den Juden keine beleidigenden Vorwürfe machen wollen, begann die Beratung des Landwirtschaftsetats.

Eine große Anzahl Redner nahm beim Landwirtschaftsetat Anlaß, über die Zwangsbevorratung zu sprechen. Als ihr Hauptgegner erwies sich Herr v. Helldorf-Lottin, während der Staatssekretär von Waldow und

Ztg. Nr. 8. 5249.

Marientberg, den 24. Juni 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Beit.: Zeitsammlung.

Alle rohen Konie-, Hasen- und Kanarienvögel sind seit dem 1. Juni beschlagnahmt und müssen spätestens 8 Wochen nach dem Abziehen an die errichteten Sammelstellen abgeliefert werden und zwar:

1. Für die zu den Bezirksstellen Marientberg und Langenhahn gehörenden Ortsteile, bei Bürgermeister Heinrich Baldus in Marientberg.

2. Für die zu den Bezirksstellen Hachenburg und Kropbach, Bahnhof Jüngelbach gehörenden Ortsteile, bei Händler Ferdinand Weinberg in Hachenburg.

Ueber die zweckmäßige Fellbehandlung und Beeidigung werden Ihnen demnächst Merkblätter zugehen. Näheres ist auch in den oben benannten Zeitsammlungen zu erfahren.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wied veröffentlicht.

Hachenburg, den 1. 7. 1918.

Der Bürgermeister.

mehrere Oberbürgermeister das Festhalten an ihr unbedingt notwendig erklärten. Nachdem noch Graf v. Helldorf und Oberbürgermeister Koch-Kassel eine Demonstration der reichlich ungenutzten Armierungsstoffe gegeben hatten, wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 10. Juli. (Mittag.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kroupinz Ruppicht. Im Raum Kroupinz an der Eys und Somme lebte die Gefechtsintensität den Abendstunden auf Mächtige Sekundärschlachten des Feindes.

Seereschlacht Deutscher Kroupinz. Der Feind hat seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Kroupinz und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit seinen Kräften vor und schloß sich in den Gefechtszonen des Tages westlich von Antheit sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longpont fest. In den schließenden Abschlüssen wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei heftigem erfolg eichen Vorstoß westlich von Thieroy machten wir G. fangene. Rege Sekundärschlacht des Feindes leidet seit von Heims.

Seereschlacht Feind Albrecht. Im Sandeau bei Stotrup aus französischen G. äben nördlich von gihen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neuer Kriegsschauplatz.

Berlin, 9. Juli. Die von ausländischer Stelle veröffentlichte, entbehrt das Gerücht, das wehrpflichtige Alter auf 50 Jahre erhöht werden, jeder Begründung.

Berlin, 9. Juli. Der 1. und 2. österreichische Marinechef, Admiral v. Kell, ist hier eingetroffen.

Bien, 9. Juli. Nach einer genierten „Nation“ hat der Berliner Reichstag der Veröffentlichung der Friedensbedingungen des Verbandes der Parlamenten der verbündeten Staaten zugestimmt.

Amsterdam, 9. Juli. Der holländische Antikontingent für den 31. Juni die Abhaltung einer großen Versammlung in Amsterdam, Haag und Rotterdam, die Anregung mehrerer Abgeordneten hinsichtlich einer Vermittlung der holländischen Regierung zu unterstützen.

Wien, 9. Juli. Der amtliche Seeresbericht schwere Gefechte in Albanien.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 11. Juli.

* Herrn Postmeister Schipp hier wurde der 10. als „Rechnungsrat“ Allerhöchst verliehen. — Sein jähriges Dienstjubiläum konnte am vergangenen Sonntag Herr Postmeister Ernst in Oberlahnstein bei der Jubilar war vor seiner Versetzung nach Oberstein Postmeister beim Kaiserlichen Postamt, Hachenburg und steht hier noch in bestem Andenken. Ihm zu diesem Ehrenfest aus seinem früheren Wirkungskreis nachträglich die besten Glückwünsche hiermit übermitteln.

* Der Mittelrheinische Bezirksverein des Deutschen Ingenieur wird am Samstag, 14. Juli, Braunkohlengrube des Elektrizitätswerkes Hachenburg besichtigen.

Stodum, 10. Juli. Dem Gefreiten Alois Sohn des Bürgermeisters Haas, und dem Rekruten August Venner von hier, wurde das Eisenerz 2. Klasse verliehen.

Limburg, 9. Juli. (Straßammer.) Am 17. September vorigen Jahres ereignete sich bei Willmerath Eisenbahnunglück, bei welchem mehrere Personen verletzt wurden. Es hatten sich gestern halb vor der hiesigen Straßammer 1. der Lokführer Heinrich Horn aus Altkirchen, 2. der Zugführer Plad von dort, 3. der Hilfsführer Erwald von Gieselsdorf, 4. der Werkführer Anton Born von Altkirchen wegen fahrlässiger Föhrung und Körperverletzung zu verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie die Fahrlässigkeit das schwere Unglück verursacht haben, lange dauernde Verhandlung endete mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Horn erhält 3 Monate, 9 Monate, Müller und Born je 6 Monate Gefängnis.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Neuabgabe!

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landwirte der Größe ihrer bewirtschafteten Fläche zur Abgabe der Steuern für die Kreisverwaltung herangezogen werden wird daher dringend davor gewarnt, ohne diesbezügliche Zustimmung im Wege des Handels Steuern abzugeben. Hachenburg, den 10. 7. 1918. Der Bürgermeister.

Kriegsbeschädigte und eh. Kriegsteilnehmer.

erscheint alle zu der am Sonntag, den 14. 7. 1918, um 11 Uhr im Lokal des Herrn Ferdinand in Hachenburg stattfindenden

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Ziele und Forderungen unseres Bundes.
2. Vorstandsbericht.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, sich und andere nur im Reichsbunde werden die in ihren Interessen der Kriegsbeschädigten und eh. Kriegsteilnehmer vertreten. Neuabgabe der Mitgliedsbeiträge und nach der Versammlung folgt.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und eh. Kriegsteilnehmer.

Ortsgruppe Hachenburg (Westerwald).

Pergamentpapier in Rollen und großen Blättern empfiehlt

Buchhandlung Th. Kirchhübel, Hachenburg.